

# Halle-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Lesepreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Beleglohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 8 Goldpfennig Zustufung. Schluss der Anzeigenannahme: zehn Uhr abends.

### Frankreich-Japan.

Von Dr. Paul Ostwald.

Am 10. Mai finden in Japan die Neuwahlen zu dem am 31. Januar durch das Kabinett Kijoura aufgelösten Reichstage statt. Sie sind für uns Deutsche durchaus nicht gleichgültig, sondern von dem Ausfall der Wahlen wird es abhängen, ob das Kabinett Kijoura am Ruder bleiben wird oder nicht, und das ist gleichbedeutend mit einer weiteren Festlegung der französisch-japanischen Beziehungen oder mit deren Lockerung. Vicomte Kijoura übernahm bekanntlich erst am 7. Januar die Ministerpräsidentenschaft und die Bildung eines neuen Kabinetts, da infolge des Attentates auf den Prinzregenten Hirohito sich das Kabinett des Admirals Yamamoto zum Rücktritt gezwungen sah. Kijoura warf das Steuer des außenpolitischen Ruffes völlig herum, er verließ die Bahnen der Ausöhnungspolitik mit Frankreich, die sein Vorgänger mit so großem Erfolg beschritten hatte, um dafür wieder energischer für eine Lösung des Konflikts mit Frankreich zu tun.

Bezeichnend für den Fortschritt dieser japanisch-französischen Annäherung, sind besonders drei Ereignisse in den letzten Wochen. Einmal die Entsendung einer japanischen Militärmission nach Frankreich, zweitens die bevorstehende Erneuerung eines japanisch-französischen Handelsvertrages und drittens die Antwort, die die japanische Regierung auf den Bericht der Sachverständigen gegeben hat. Mag diese Antwort in ihrem Wortlaut noch so vorzüglich geformt sein, so verriät sie doch für den, der sie richtig zu lesen versteht, und vor allem durch ihre Gegenüberstellung mit der Antwort, welche die Regierung Kato im August 1923 auf ähnliche Vorstöße des deutschen Kabinetts Cuno gab, daß man in Tokio zu freundschaftlicher Unterordnung Frankreichs und den zu erwartenden Verhandlungen über die Entschädigungsfrage bereit ist.

Damals antwortete Kato, daß Japan kein Interesse an diesen Fragen und zu viel mit sich selbst zu tun habe; jetzt dagegen ist man mit einem Male für die Mitarbeit bereit, obwohl Japan infolge des Erdbebenunglücks und der sonstigen schwierigen innerpolitischen Lage wegen noch mehr mit sich selbst beschäftigt ist. Die Folgerung aus diesen Antworten zu ziehen, ist also wirklich nicht allzu schwer. Hinzu kommt nun noch, daß gerade am Vorabend der französischen Gouverneur von Indochina nach Japan zu besonderen japanisch-französischen Verhandlungen eintreffen wird, und auch das muß weniger als Zufall, sondern als ein besonders politische Absicht gemerkt werden.

Was nun aber gerade heute eine japanisch-französische Intimität für uns bedeutet, die die Entschädigungsverhandlungen in das bisher entscheidende Stadium getreten sind, darüber können wir nach den kürzlichen Erfahrungen, die wir damit in Oberfranken, an der Genuekonferenz, in der Ruhrfrage, und anderswo machen mußten, uns keinen Zweifel mehr hingehen. Es ist nun auch in der Tat sehr wahrscheinlich, daß die Wahlen für Kijoura ausfallen werden, und damit für einen starken französischen außenpolitischen Kurs. Denn es ist Kijoura bereits futz vor der Auflösung des Reichstages gelungen, die Hälfte der Mehrheitspartei, der Seiyuhon, auf seine Seite zu ziehen und mit diesen Seiyuhonisten eine neue Partei, die Seiyuhon, zu bilden. Mit Hilfe dieser Anhänger der Seiyuhon hat die Regierung alles tun können, um die Wahlen durch große Beamtenschubs und andere rigorose Methoden in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Es liegt also die wohl begründete Vermutung nahe, daß diese neue Seiyuhon, die durch die Vereinerung der Regierung Kijoura ganz besondere politische Geschäfte für sich zu machen hofft, wirklich als die Mehrheitspartei in den japanischen Reichstag wird einziehen

### Vermittlungsversuche im Ruhrstreik.

Elfen, 9. Mai. Die Streik- und Auslassungsbegegnung im Ruhrgebiet hat weiter um sich gegriffen. Etwa 95 v. H. aller Betriebe sind stillgelegt. Die Ruhrlandarbeiter werden bisher durchgeführt. Am Reichsarbeitsministerium haben gestern Verhandlungen mit Vertretern des Zehnerverbandes sowie der Arbeitnehmer stattgefunden. Die Parteien haben dem Minister ihren Standpunkt auseinandergesetzt. Heute findet in Elfen eine Sitzung der gemeinschaftlichen Arbeitsgemeinschaft statt.

Elfen, 9. Mai. Auch die staatlichen Gerichte sind der Parole des Zehnerverbandes gefolgt. Da die Befehlshaber nach der Siebenstundentage auszuführen, sind sie sämtlich ausgesperrt worden. Bisher sind nur wenige Arbeiter der Aufforderung der Zehnerverwaltung gefolgt, sich zur achtstündigen Arbeit bereit zu erklären.

Elfen, 9. Mai. Am kommenden Sonntag findet hier ein Reichstages der Union der Hand- und Kopfarbeiter statt, der sich mit der Frage befassen soll. Man erwartet auch Vertreter des Auslandes. Die Kommunisten erklären, daß zur Streifenunterstützung ihrer Mittel aus Ausland zugewandert werden.

Elfen, 9. Mai. Im Ruhrgebiet fanden am Donnerstag etwa 800 Maschinenanlagen der Belegschaften der einzelnen Schichtanlagen statt. Der Schiedsrichter des Reichsarbeitsministers über das Arbeitszeitabkommen wurde für unannehmbar erklärt.

Elfen, 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) An hiesiger unterrichteter Stelle ist von einer

für den Schiedsrichter der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, was die Oppositionsparteien auf ihr Banner geschrieben, als die zugriffene Wahlparole angesehen haben, wird den wahrscheinlichsten Sieg der Sozialdemokratie nicht verhindern, denn erstens meinen es die Oppositionsparteien mit dem Wahlrecht auch nicht allzu ernst und weiter für ja gerade die Kreise, die ein allgemeines Wahlrecht wünschen, von der Wahl ausgeschlossen. (Von ca. 57 Millionen Einwohnern dürfen nicht ganz 4 Millionen wählen.)

So ergeben sich also auch im fernsten Osten für uns nicht allzu rosiges Aussehen. Aber gerade das soll uns in besonderem Maße anspornen, immer wieder auch hierhin unsere Aufmerksamkeit zu lenken, und gerade weil Frankreich jetzt in Tokio Oberwasser hat und gegen uns dort arbeiten kann, muß gefordert werden, daß möglichst bald der Botenschaftsposten dort wieder besetzt wird. Durch unsere jetzt guten Beziehungen zu Japan auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet ist es ein günstiger Boden geschaffen, von dem aus wir auch eine aussichtreiche politische Betätigung einleiten können. Sollen wir nicht energische Verluste in dieser Richtung unternehmen werden, um auch im fernsten Osten Rhein, Ruhr und Saar zu verteidigen.

### Kommunistischer Waffenschmuggel.

Dresden, 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Von durchaus zuverlässiger Seite erzählt die Telunion folgende Meldung: In der Johannalferne in der Königsbrüderstraße, die jetzt als Polizeigebäude Nord Zwecken der Landespolizei untergebracht ist, machte die Wache der Hilfspolizei die Beobachtung, daß Beamte der Landespolizei Waffen und Munition in Kisten verpackt herausgeschmuggelten oder herauszuschmuggeln versuchten. Die Wache der Hilfspolizei schritt nunmehr ein und stellte fest, daß die Waffen für die kommunistische Partei bestimmt waren. Drei Beamte der Landespolizei, die der kommunistischen Partei angehören, wurden festgenommen, da sie mit dem Waffenschmuggel in Verbindung stehen. Ein dritter Beamter namens Gottnier ist flüchtig.

Unter der Auflage, daß die kommunistischen Waffenschmuggler schuldig gemacht zu haben, sind eine große Anzahl von Einwohnern aus Dresden der Gegen des Land und der Gegen von Zehnerverband verurteilt worden. Diefelben werden jetzt in mehreren Etappen nach Sibirien transportiert.

Reise des Arbeitsministers ins Ruhrgebiet zum Zwecke der Beilegung der Arbeitszeit-freiheiten im Bergbau, monon mehrere Blätter berichteten, nichts bekannt.

Im obersteilischen Rezier und sächsischen Steindbergbau ist die Lage un verändert. Die Aussperrung dauert an.

### Keine Gefährdung der Kohlenversorgung.

Nach amtlichen Feststellungen ist auch bei einem längeren Ausbruch des Konflikts zwischen den Zehnervereinigungen und den Bergarbeitern die allgemeine Kohlenversorgung nicht gefährdet. So wohl die Eisenbahn wie auch die Gas- und Elektrizitätswerke sind in ausreichendem Maße mit Kohlen versorgt. Auch befinden sich noch größere Vorräte auf den Binnenwasserstraßen in Bewegung. Es wird demnach auch bei längerem Ausbruch des Konflikts nicht nötig sein, die Kohlenzufuhr zu hemmen. Die Zehnervereinigungen weiter erklärt, hat der Preuss. Handelsminister sich bereit erklärt, für die staatlichen Bergwerke eine Lohnzulage von 15 Proz. zu gewähren, dagegen föhnte er sich mit einer Verkürzung der Arbeitszeit einverstanden zu erklären. Die Zehnervereinigungen erklärten, daß die staatlichen Bergwerke nicht einverstanden erklären und hat an den Zehnervereinigungen angeschlossen, daß die staatlichen Bergwerke nicht durchzuführen wird und daß sich die Zehnervereinigungen die sich nicht bereit erklären, die Arbeitszeit unter Tage zu arbeiten, als entfallen zu betrachten haben. Demgemäß dürfte a. Z. die große Mehrheit der Bergarbeiter der staatlichen Zehre als entfallen zu betrachten sein.

### Hergt wird abgeschüttelt.

„So hätte Dr. Stresemann auch sagen können...“ Wir haben schon vorausgesetzt, daß Hergt erst einmal seine eigene Partei hinter sich bringen muß, bevor er sein Regierungsprogramm dem deutschen Volk unterbreitet. Die jetzt vorliegenden Ereignisse fallen denn auch durchaus mit diesen Erwartungen in keinen einzigen Reiter einen nicht gelinden Schaden herangezogen haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ heißt es so hin, als ob das Interdikt des Herrn Hergt falsch verstanden worden. Ohne seinen Wortlaut mitzuteilen, fügt die folgende Bemerkung hinzu, die nichts anderes darstellt, als eine Abschlüssung des Herrn Hergt:

Demgegenüber bleibt nach unserer Überzeugung — und wir nehmen an, auch nach Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei — die in dem Reichstagswahlgesetz zum Ausdruck gebrachte Idee der Freien unannehmbar, weil untragbar; die uns ausgenommenen Kontrollen, wie namentlich die Besuche auf den Fabriken, sind unannehmbar.

Nicht weniger wird Herr Max Maurenbrecher in der „Deutschen Zeitung“ Nr. 202. Er behauptet, daß Hergt überhaupt nicht abgelehnt, jetzt schon im Namen der Nation zu sprechen. Die Stellung Hergts zum Eintrachten der Sachverständigen laut Maurenbrecher folgendes:

„Herrlich hat Hergt und klar die Sachverständigen als das zweite Verzeichnis bezeichnet. Das, was Herr Hergt über die Sachverständigenauswahlen sagt, läßt mich wundern: Eine deutsche Ankerpolitik, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Wohlstand des deutschen Volkes unbedingte Rechnung trägt, aber andererseits geeignet ist, eine betrieblige Wölung der deutschen Gesamtfrage auf dem Wege schmerzlicher Verhandlungen herbeizuführen.“ So weit hätte Herr Stresemann den Satz auch sprechen können, und sein Redebauwerk hätte er ihn vielleicht noch hinzuzufügen ausgebreitet.

Der „Nordkreis“ spricht von dem „großen Wunder“ des Herrn Hergt und sagt seine Ausführungen zusammen.

„Der Vertrag von Versailles hat nicht zerrissen. Die zweite Verzeichnis, die „Reinigung“ wird nicht zerbrochen abgelehnt, es wird darüber verhandelt. Das omnino Reizigkeiten „Verhandlung“ ermöglicht unbedenklich dem Schlege der Jahre.

25 v. H. der Reichsbeamten abgebaut. Im Reichstagsauswah für Überwachung der Durchführung der Veronal-Abbauverordnung wurde von der Regierung mitgeteilt, daß in der allgemeinen Reichsverwaltung und in den Betriebsverwaltungen des Reiches bis 31. Mai 1924 insgesamt 388 118 Personen, das sind 25 v. H., abgebaut sind.

Reichspräsidentliches Urteil. Das französische Reichspräsidenten in Deutschland verurteilt den Reichspräsidenten von den 24 Monaten Gefängnis wird er zu Beginn des nächsten Jahres nach dem Reichspräsidenten in Berlin Regierung im Vollgehalt heute abgebaut. Herr Hergt, hat den man einen Revolver fand, erhielt einen Monat Gefängnis und 50 Mark Bußgeld.

### Wie in Amerika Politik

„gemacht“ wird.

Von Paul Kohrbach.

Newport, Ende April 1924.

Wie der Durchschnittpolitiker fähig, sich nicht nur ein Bild des Nordwestens als eine einjährige Schülerin erhalte, sie hat einige weiße Mädchen in der Klasse. Auf die Frage, ob denn die andern alle farbige seien, antwortete sie: „dagegen! Das ist der Spinnraum für die Studenten und ebenen mit den amerikanischen Kindern aus Grieben, Rumänen, Portugiesen und Russen nicht zu den „Meinen“ rechnen.“ In diese unangenehme Atmosphäre fiel der Brief des japanischen Botschafters an den Präsidenten, in dem die offene Drohung ausgesprochen wurde, falls die Japaner aus Amerika, das heißt aus den drei westlichen Staaten Washington, Oregon, Kalifornien, ausgeschlossen werden sollten, würde das „erste“ die einflussreichen „Senators“ diplomatische geteilt, als „Hua und“ erklären, der Botschafter, der nichts weniger als ein Neuling ist, mußte sich also sagen, daß er mit seiner Drohung auch Dinge erreichen würde: erstens, daß der Kongreß sich öffentlich Meinungen und die Presse nun noch viel weniger als vorher zum Eingestehen in der Einwanderungsfrage geneigt sein würden, weil das Selbstgefühl des Amerikaners diese Drohung verriet, und zweitens, daß nach dem ersten Schritt schon aus dem Grunde eine Veränderung mit beiderseitigen Zugeständnissen so gut wie ausgeschlossen ist, weil kein amerikanischer Politiker es wagen wird, auch wenn er an sich einem Kompromiß zu neigt, sich dem Reiz des „New Deal“ zu erlassen. Man kann sagen: In Amerika regiert das Prinzip, daß jede politische Handlung von der öffentlichen Meinung getragen werden muß und wenn sie keine öffentliche Meinung für eine Sache hat, so wird sie niemals in der Öffentlichkeit gemacht, das heißt als die öffentliche Meinung für den Krieg mit Deutschland gewonnen werden sollte und gewonnen wurde. Wenn einmal der populäre Sturm für aber gegen eine Sache nicht mehr in der Öffentlichkeit jede Möglichkeit der Entschuldigung annehmen werden sollte und begründet, wenn man sagt, die Politik ist in Amerika Gefühlsache. Sie ist es sehr, daß man notwendig sich Rezier machen muß, während man daran denkt, außerdem kommen zwei starke Momente in Betracht. Das eine ist die in ree Politik. Sie beruht bisher noch auf dem Zwei-parteiensystem, das sich über das alles, was überhand nimmt, die politische Parteien verwerfbar ist, in erster Linie darauf hingehen wird, ob man es denken kann, um der Gegenpartei zu schaden. Das ist eine sehr ernsthafte Frage, denn mer bei der Wahl liegt, dem geht die Wahl, die einflussreichen Beamtensstellen und noch vieles andere. Was diesem Grunde wäre es zum Beispiel für die Republikaner wie für Demokraten, ein gleiches Regime, nicht vorzuschlagen, man möge den sonst doch so geliebten Franzosen ihre Stühle, wenn man sie nicht verlassen will, einen solchen Vorstoß macht, gibt der Gegenpartei eine Chance, auf Vernehmung der nationalen Mittel zu flagen. Das andere Moment sind die Interessen des Großkapitals, die man sich aber nicht allzu leicht verteidigen, sondern im Gegenteil, vom Standpunkt der politischen Intelligenz aus betrachtet, recht beschränkt verteidigen muß. Am viel mehr als den Gewinn für heute und das Gefühl von morgen handelt es sich dabei, denn die Interessen der kleinen Finanzleute immer verteidigen, durch die Presse, die sie in Bezug auf Politik, mit ein paar verschwindenden Ausnahmen, schließlich beizugehen, das Gefühlsmoment in der politischen Richtung zu erzeugen. In maß, als in der Abhängigkeit die amerikanische Presse von den großen Geschäftswelt, davon hat der bestehende Deutsche noch keine Vorstellung.

So liegt in Amerika regiert in der Politik das Gefühl. Gefühl ist aber keineswegs immer Sentimentalität, sondern es heißt eben ein Regierung. In jedem Falle heißt es, daß es kein Volk und keine öffentliche Meinung in der Welt gibt, bei denen in der Politik „logische Gründe“ wenig bedeuten, wie bei den Franzosen. Der Fehler, dies nicht zu berücksichtigen, wird die deutschen politischen Verhandlungen Amerikas fast immer gemacht; bei der französischen Seite. Die Deutschen schreiben langweilige Noten und machen unangenehme, das heißt für den Amerikaner unangenehme Deklamationen; die Franzosen schicken Silber und geben sie den Amerikanern auf Schritt und Tritt in die Hand; zum Beispiel, auf gutem Papier und in idelvoller Ausführung, einander gegenüberzusetzen, im Falle der Not, und General Krogan in Zürich, Frankreich, nach mit Städten und Hütten ihr Bureau verlassen, und rechts Sündenbursch Bezug in München mit panzari haben Willkür, barren von Wädeln, braunen Säcken und Orben auf bunten schwarz reuherstem Hintergrund. Unter dem einen Bild steht links: „French war Spirit“ — französische „Kriegsbegeisterung“ unter dem andern: „German Peace Spirit“ — „deutsche Friedensbegeisterung.“ Das ist nicht gerade ein „Gefühl“, das man gemacht, aber es wirkt auf Gefühl, und das es. Wie möglich würde es auch wirken, wenn einmal ein paar schwarze oder weiße Wädeln über die Niederlagen wären, und es kommt, eine große Sentimentalität.

